

Deutschland hat Zukunft Sustainable Finance – Chancen und Herausforderungen

Montag, 13. Januar 2020, 15:00 Uhr

hbw Haus der Bayerischen Wirtschaft, ConferenceArea, Europasaal

Max-Joseph-Straße 5, 80333 München

Sustainable Finance – Erwartungen der vbw

Bertram Brossardt

Hauptgeschäftsführer

vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Damen und Herren,

herzlich willkommen zu unserem Kongress.

Ich freue mich, dass Sie bei uns sind!

Wir alle sind uns im Klaren darüber, dass der Klimawandel eine der zentralen Zukunftsherausforderungen ist und der Kampf gegen die Erderwärmung große Investitionen erfordert. Aus gutem Grund steht das Thema auf der politischen Agenda der EU weit oben. Die 230 Milliarden Euro, die nach Schätzung der EU-Kommission jährlich *zusätzlich* investiert werden müssen, um die Klimaziele 2030 zu erreichen, sind nicht aus der Luft gegriffen.

Die Vorhaben, um neues Finanzierungsvolumen zu generieren, sind vielfältig:

- Die Präsidentin der Europäischen Zentralbank Christine Lagarde will die von der Europäischen Zentralbank aufgekauften Anleihen umfassend im Sinne

von Klimazielen umschichten – hier geht es um bis zu 2,5 Billionen Euro.

- Die Europäische Kommission will Europa bis 2050 zum ersten klimaneutralen Kontinent machen. Im Rahmen des von ihr vorgeschlagenen Green Deals will sie unter anderem den EU-Haushalt zu 25 Prozent für das Erreichen der Klimazielen umschichten und, darum geht es heute besonders, die Sustainable-Finance-Regulierung der Vorgängerkommission weiter vorantreiben.
- Die Europäische Investitionsbank will in den nächsten zehn Jahren ein Investitionsvolumen von einer Billion Euro in Klimaziele anschieben und die größte Klimabank der Welt werden. Private Investitionen in den Klimaschutz sollen durch Sustainable Finance forciert werden.

Motiv der von der EU vorangetriebenen Regulierung ist aber nicht nur der hohe

zusätzliche Investitionsbedarf in den Klimaschutz.

Es ist auch so, dass der Green-Bonds-Markt generell wächst, ohne dass ihm ein einheitliches Verständnis von Nachhaltigkeit zugrunde liegt. Das führt zu Vorwürfen von „Green Washing“ und Wünschen nach mehr Markttransparenz.

Als Bayerische Wirtschaft begrüßen wir es, dass sich die EU ambitionierte Klimaziele gibt. Denn auch wir treten klar *für* Nachhaltigkeit und Klimaschutz ein. Europa muss beim Klimaschutz aber auch ökonomisch erfolgreich sein. Uns allen muss klar sein: Selbst mit dem radikalsten aller Klimaschutzprogramme kann Europa alleine die Welt nicht retten!

Andere werden uns nur folgen, wenn wir der Welt zeigen, dass Klimaschutz Wohlstand sichert und Jobs schafft, wenn wir Klimapolitik machbar gestalten und wenn wir dabei unsere Wettbewerbsfähigkeit halten.

Wie wichtig eine in diesem Sinne glaubwürdige Klimapolitik ist, zeigt uns auch die Tatsache, dass die Unternehmen die Klimapolitik mit mehr Unsicherheit verbinden als den eigentlichen Klimawandel.

Die Ende letzten Jahres beschlossenen EU-Verordnungen zur Sustainable-Finance-Regulierung tragen bisher leider zu dieser Unsicherheit bei. Ihr Ziel ist es, Investitionen in das Finanzierungsgeschehen zu lenken, die auf ökologische und soziale Nachhaltigkeit sowie gute Unternehmensführung ausgerichtet sind.

Dazu werden Finanzinstituten, die sich entsprechend aufstellen *wollen* – oder aufgrund der Vorgaben ihrer Kapitalgeber *müssen* – umfassende Berichtspflichten auferlegt. Erfüllen können sie diese Pflichten nur, wenn sie von den Unternehmen entsprechende Daten erhalten.

Ein Bewertungsschema dazu – der Fachbegriff heißt „Taxonomie“ – wird gerade für ökologische Aspekte entwickelt. Herr Dr. Waigel wird das näher ausführen.

Wir haben uns das, was schon vorliegt, näher angesehen. In einigen Punkten ist der Stand besser als wir es lange befürchtet und bekämpft haben. Das gilt vor allem für die jetzt vorgesehene grundsätzliche Ausrichtung auf Freiwilligkeit und den Verzicht auf einen sogenannten „green supporting factor“, also nicht risikogerechte Finanzierungsvorteile für grüne Investments.

Als vbw begrüßen wir es, dass verschiedene Nachhaltigkeits-Standards harmonisiert werden. Das Marktgeschehen wird so transparenter, das Volumen nachhaltiger Anlagen aller Voraussicht nach größer. Aber immer noch verbinden wir mit dem, was hier auf uns zukommt, vor allem

- hohe Bürokratielasten,
- riskante Eingriffe in Wertschöpfungsbeziehungen und
- Zielkonflikte bei der Finanzmarktaufsicht und der Geldpolitik.

Die Finanzierung der für die Transition notwendigen Innovationen wird damit nicht einfacher, sondern schwieriger und auch teurer.

Die Auswirkungen der neuen Anforderungen auf Unternehmensprozesse und Wertschöpfungsbeziehungen sind noch nicht definitiv absehbar und womöglich schwierig.

Das alles belastet den tiefgreifenden Umbau der Wirtschaft, den wir brauchen, um dem Klimawandel entgegenzutreten.

Wir fordern deshalb eine sorgfältige Prüfung jedes einzelnen weiteren Schritts darauf, ob er ökonomisch angemessen ist. Konkret heißt das für uns Folgendes:

1. Wir verlangen, die Unternehmen rasch und verständlich zu informieren, was auf sie zukommt. Denn sie sind es, die das Ganze am Ende umsetzen müssen.

Dazu gehört es, unternehmerische Expertise – vor allem der Industrie – konsequent in alle anstehenden Entwicklungen einzubinden.

2. Die Stärkung auf Nachhaltigkeit ausgerichteter Investitionen darf nicht mit einer Diskriminierung anderer Investments einhergehen.

3. Es ist hilfreich, wenn Informationspflichten konsolidiert werden; ausgeweitet werden sollten sie nicht. Das muss bei der Entwicklung von Umsetzungsvorschriften zentrales Ziel sein. Bürokratie muss beherrschbar bleiben.

4. Ebenso muss sichergestellt werden, dass die Vorgaben der Taxonomie nicht dazu führen, dass einzelne, nicht nachhaltige,

Bausteine aus wichtigen Wertschöpfungsketten in der EU keine Finanzierung mehr finden. Deshalb müssen regulatorische Definitionen praxisgerecht und global anschlussfähig sein.

5. Überlegungen, grüne Investitionen durch geringere, nicht mehr risikogerechte Eigenkapitalvorgaben zu erleichtern, sind abzulehnen. Sie haben zuletzt sogar in die neue Regierungserklärung in Österreich Eingang gefunden. So etwas muss auf EU-Ebene definitiv ausgeschlossen werden.

Europas klimapolitischer Kurs ist wirtschaftspolitisch hoch riskant. Diese Risiken auch am Finanzmarkt und in der Geldpolitik beherrschbar zu halten, ist die zentrale Aufgabe der Finanzmarktaufsicht und der EZB. Dieser Auftrag muss erfüllt werden – ohne Wenn und Aber.

Meine Damen und Herren,

Aus Sicht der vbw ist nichts dagegen einzuwenden, nachhaltige Investitionen zu stärken. Im Gegenteil, wir begrüßen das. Denn auch uns liegt es am Herzen, unseren Planeten zu bewahren. Kritisch aber wird es, wenn die Politik mit ihren Maßnahmen zum Klimaschutz tief in die Marktspielregeln eingreift und bestimmte Branchen als Umweltsünder stigmatisiert.

Der Wirtschaftsjournalist Gabor Steingart hat vor diesem Hintergrund bilanziert, ich zitiere: *Mit den Polarkappen schmelzen auch die marktwirtschaftlichen Grundwerte dahin.*

Als vbw setzen wir darauf, beide Schmelzprozesse aufzuhalten! Dazu brauchen wir aber einen intelligenten finanzpolitischen Kurs, der ökologische und ökonomische Ziele praxistauglich miteinander verbindet.

Wir sollten deshalb nicht versuchen, über die Finanzmarktregeln die komplette Wirtschaft umzukrempeln. Und wir dürfen Risiken nicht unter den Tisch kehren, nur weil nachhaltige Investments politisch gewollt sind.

Vielen Dank!